DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 033

Sozial-Ökologischer Umbau – Positionspapier Wasserstoff

Beschluss aus der Landesvorstandssitzung vom 4. Februar 2022

Beschluss:	1. Der Landesvorstand bestätigt das im Ergebnis der sozial-ökologischen Konferenz des Landesverbandes 2021 erarbeitete Positionspapier „Sozial-ökologischer Umbau statt Wasserstoff-Hype“ als Diskussionsgrundlage der sächsischen Linken in der gesellschaftlichen Debatte um den Energiestrukturwandel. 2. Der Landesvorstand dankt der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie – Adele für die Erarbeitung des Entwurfs des Positionspapiers.
Anlagen:	Positionspapier
politische Botschaft:	Sozial-Ökologischer Umbau statt Wasserstoff-Hype
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:	Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de), Pressemitteilung der LAG-Sprecher*innen
weitere Maßnahmen:	-
Finanzen:	-
Die Vorlage wurde abgestimmt mit:	LAG Ökologie - Adele
Den Beschluss sollen erhalten:	Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: Mehrheit dagegen: - Enthaltungen: 2

F.d.R.

Dresden, 04.02.2022

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer

Sozial-Ökologischer Umbau statt Wasserstoff-Hype

Positionspapier Die LINKE. Sachsen – Januar 2022

Der Klimawandel wird zunehmend spürbar. Deshalb suchen Politik und Wirtschaft händeringend nach Lösungen, um das auf fossilen Brennstoffen basierende Wirtschaftssystem klimaneutral zu gestalten. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energieanlagen spielt derzeit vor allem Wasserstoff in der öffentlichen Diskussion eine bedeutsame Rolle. Wasserstoff wird als das „Öl der Zukunft" für viele Bereiche als eine attraktive Alternative gehandelt, da er viele Funktionen fossiler Brennstoffe erfüllen kann, ohne dass ein systemisches Umdenken erforderlich wäre. Auch für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen werden Wasserstoffprojekte als Möglichkeit zum Erhalt von Industriearbeitsplätzen angepriesen.
Über die Potenziale, Voraussetzungen und Risiken der Wasserstofftechnologie wurde schon vielfach diskutiert und noch immer gibt es offene Fragen. Auch DIE LINKE. Sachsen beteiligt sich an diesem Diskussionsprozess, etwa durch die Wasserstoff-Konferenz der LAG Ökologie ADELE am 6. November 2021 in Weißwasser.

Aus diesen und weiteren Diskussionsrunden ergeben sich folgende **10 Forderungen**, die aus LINKER Sicht eine Orientierung im derzeitigen Wasserstoff-Hype bieten können:

1. Wir brauchen den **sozial-ökologischen Umbau**. Mit Wasserstoff verbundene Versprechungen eines „Weiter so mit grünem Anstrich" reichen nicht aus, um ein nachhaltiges Wirtschaftssystem zu etablieren.
2. **Erneuerbare Energieanlagen** müssen massiv ausgebaut werden. Der dezentrale Ausbau muss Hand in Hand mit Bürgerbeteiligung und finanzieller Teilhabe an den Anlagen gehen.
3. Wasserstoff wird in einem nachhaltigen Wirtschaftssystem benötigt, aber nicht überall wo ein Einsatz möglich ist, ist dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll.
4. Möglichkeiten der **Energieeinsparung** sollten prioritär verfolgt werden, erst danach die energieeffizienteste Technologie berücksichtigt bzw. auf klimafreundliche Technologien umgestellt werden. Es braucht Energieeinsparungsstrategien in allen Sektoren. Der potenzielle Wasserstoffbedarf ließe sich erheblich verringern, wenn bspw. weniger Flugzeuge fliegen würden, mehr Menschen einen Zugang zu einem attraktiven ÖPNV-Angebot hätten und der Einsatz von Düngemitteln reduziert werden würde.
5. Langfristig sinnvoll ist nur der **Einsatz von grünem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien** und zwar nur dort, wo eine Elektrifizierung nicht oder nur sehr schwer möglich ist (bspw. in der Stahl- und Chemieindustrie, im Bereich von Schwerlast- und Nutzfahrzeugen). Für den Übergang ist die Nutzung weiterer Energieträger zur Wasserstoffherstellung möglich.
6. Die **Elektrifizierung**, insbesondere im Mobilitätssektor und im Wärmebereich, ist schnellstmöglich voranzutreiben. Der Einsatz von Wasserstofftechnologien in diesen Sektoren sollte maximal einzelfallbezogen und keinesfalls flächendeckend erfolgen.
7. Alle Maßnahmen des sozial-ökologischen Umbaus müssen **sozial gerecht** sein und dürfen ärmere Bevölkerungsgruppen nicht zusätzlich belasten. Insbesondere für sie müssen Rahmenbedingungen für ein klimagerechtes Leben geschaffen werden, etwa durch die Bereitstellung eines attraktiven ÖPNV-Angebots oder durch Sozialwohnungen in klimaneutralen Gebäuden.
8. **Dem Kohleausstieg folgt der Erdgasausstieg**. Der Ausbau von Erdgasinfrastrukturen für den zukünftigen Wasserstoffeinsatz birgt jedoch die Gefahr der fortdauernden Bindung an Pipelines (Lock-in-Effekt) und damit der Verschleppung der notwendigen Abkehr von fossilen Energieträgern. Ein Neu- und Ausbau von Erdgasinfrastrukturen darf es deshalb nur geben, wenn konkret dargelegt ist, unter welchen Bedingungen die Infrastruktur auf einen zeitnahen vollständigen Einsatz von Wasserstofftechnologien umgerüstet werden kann und welche Bedarfe es dafür gäbe.

9. Die Umweltbelastungen durch die Herstellung von Wasserstoff müssen genaustens in den Blick genommen werden. Das Greenwashing von Wasserstoff aus Erdgas mittels **Abspaltung und Speicherung von CO2 muss ausgeschlossen** werden. Bei der Planung und dem Bau von Wasserstofferzeugungsanlagen (Elektrolyseuren) müssen der Wasserbedarf der Anlagen und die Auswirkungen auf die Grundwasserversorgung genaustens untersucht und berücksichtigt werden.
10. Der europäische Wasserstoffbedarf sollte vor allem durch **dezentrale Energieerzeugungsanlagen** innerhalb der EU gedeckt und die Importabhängigkeit von grünem Wasserstoff so gering wie möglich gehalten werden. Die Wasserstoffversorgung der EU darf nicht auf Kosten der Energiewende in Drittstaaten gehen, sondern muss diese befördern.